

KINDER UND JUGENDLICHE AN DIE MACHT

Michael Kofler

Moderne Kommunalpolitik setzt auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Sie sind es auch, die in der Gesellschaft der Erwachsenen dringend eine Lobby brauchen. Kommunale Einrichtungen, Dienststellen und NGOs sehen daher zunehmend die Notwendigkeit, Prozesse zu ermöglichen, zu vernetzen und in weiterer Folge zu institutionalisieren, bei denen Kinder und Jugendliche als gleichwertige PartnerInnen in Planungsprozesse eingebunden werden.

1992 wurde die UN-Kinderrechtskonvention von Österreich ratifiziert. Im Artikel 12(1) [Berücksichtigung des Kindeswillens] der UN-Konvention über die Rechte des Kindes steht:

„Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.“

Den Kindern wird somit erstmals das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht gehört zu werden, zugestanden. Die Kinderrechtskonvention wurde von Österreich als einfaches Gesetz beschlossen und damit letztendlich akzeptiert. Allerdings können Anliegen von Kindern und Jugendlichen nur dann verbindlich behandelt werden, wenn sie von einem antragslegitimierten Organ an ein für die Behandlung zuständiges Gremium herangetragen werden.

Kinder und Jugendliche sollen daher mehr Rechte erhalten. Denn die Partizipation – sprich Beteiligung und somit auch Mitbestimmung – von Kindern und Jugendlichen bei Entscheidungsfindungen dort, wo sie unmittelbar betroffen sind, heisst, die Demokratie als Lebensform zu stärken.

Es wäre kurzfristig, sie nicht in Entscheidungsprozesse einzubinden. Partizipation bringt Vorteile für alle Beteiligten – das zeigen erfolgreiche Beispiele von praktizierter Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland, in den skandinavischen Ländern und nicht zuletzt in Wien:

Cui bono – Wem nützt Beteiligung von Kindern und Jugendlichen?

Kinder und Jugendliche – ExpertInnen in eigener Sache

Kinder und Jugendliche verfügen über wichtige Kompetenzen wie Spontaneität, Kreativität, Initiative und Fantasie, sie wissen Bescheid über aktuelle „Trends“. Vor allem aber sind sie ExpertInnen beim Beurteilen ihrer Lebensräume, sie wissen am besten, wo der Schuh drückt und haben einen realistischen Bezug zu politischen Fragen, die ihr Umfeld betreffen. Gibt man ihnen die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten zu entfalten und ihre Umwelt mitzugestalten, hebt das nicht nur die Lebensqualität und Lebenszufriedenheit der Kinder und Jugendlichen sondern aller Beteiligten.

Zukunft (mit)gestalten

Kinder und Jugendliche müssen überwiegend mit dem leben, was zurzeit maßgeblich von Erwachsenen entschieden wird. Kinder- und Jugendbeteiligung verfolgt das Ziel, mehr Einflussmöglichkeiten zu eröffnen. Kindern gehört die Zukunft – daher müssen sie auch die Möglichkeit erhalten, diese Zukunft mitzugestalten.

Verantwortung und Kooperation

Partizipation ist ein Ansatz, um mehr soziale Verantwortlichkeit und Kooperationsfähigkeit zu entwickeln. Wenn Kinder und Jugendliche ihr unmittelbares Lebensumfeld aktiv mitgestalten, können sie sich eher damit identifizieren und gehen verantwortungsvoller damit um. Durch ihre eigene Beteiligung entwickeln Kinder und Jugendliche die Fähigkeit zu kritischer Reflexion und zum Perspektivenvergleich, was grundlegend für die Bildung einer selbstbestimmten politischen Meinung ist.

Entwickeln von demokratiepolitischem Bewusstsein

Demokratie kann nicht erst mit dem Wahlrecht beginnen sondern muss erlernt werden. Durch Mitsprachemöglichkeiten und Beteiligung bietet man Kindern und Jugendlichen eine Übungsfläche, um sich mit den Wesenszügen demokratischer Prozesse auseinander zu setzen. Dadurch können sie

schrittweise Demokratie üben und erleben. Wenn sie erfahren, dass ihr Engagement wirklich etwas bewirkt, so beugt das der Demokratie- und Politikverdrossenheit vor.

Beleben der Politik

Kinder- und Jugendbeteiligungsprojekte beleben die Politik. Partizipation von Kindern und Jugendlichen stellt eine Chance für die Politik dar, das Handlungsspektrum zu vergrößern und auf eine bisher eher vernachlässigte Gruppe einzugehen. Die Beteiligung aller Altersgruppen, erhöht die Erfolgchancen des Vorhabens (das Geld wird gut investiert, das Produkt akzeptiert) und vermindert das Konfliktpotential zwischen den einzelnen Nutzer- bzw. Altersgruppen. Eine klassische winwin Situation für alle „Beteiligten“.

Beteiligung heißt Zusammenarbeit:

Um Partizipation in allen Lebensbereichen wirksam werden zu lassen, ist Vernetzung eine Grundbedingung. Eine zu diesem Zwecke gebildete österreichweite ARGE-Partizipation arbeitet an der Durchsetzung von Kinder- und Jugendbeteiligung.

Bei einer Fachtagung in Wien fanden sich im Frühjahr 2002 erstmals Jugendreferenten und VertreterInnen der Landesschulräte aller Bundesländer ein, um sich gemeinsam dem Thema „Partizipation und Bildung“ zu widmen.

Es wurden Forderungen entwickelt, wie:

- Aufnahme der UN-Konvention für Kinder- und Jugendrechte in die Verfassung,
- kommunales Wahlrecht für 16-Jährige,
- Einführung von Jugendvolksbefragungen für Jugendliche ab 14 Jahren (oder jünger), um ihnen die Mitsprache bei kommunalen Entscheidungen zu ermöglichen,
- Verankerung von Partizipation in der Schule sowohl als Unterrichtsprinzip als auch in Form von konkreten Instrumenten wie Schulparlamente und Klassen-Ausschüsse,
- Intensivierung der Zusammenarbeit im schulischen und außerschulischen Bereich.

Mittlerweile ist die österreichweite homepage www.jugendbeteiligung.cc online, wo Modellprojekte aus allen Bundesländern präsentiert werden.

Viele Beteiligungsprojekte haben unmittelbar mit Stadtteil- bzw. Freiraumplanung zu tun. Deshalb hat sich in der Vergangenheit die Zusammenarbeit mit PlanerInnen aus dem verschiedensten Bereichen absolut bewährt. In den stadtteilorientierten Projekten der Aufsuchenden/Mobilen Jugendarbeit, Streetwork und Animativen freizeitpädagogischen Betreuung (Parkbetreuung) gibt es dafür einige gelungene Beispiele (Einsiedlerpark, Odeongasse, Donaukanal). Hier wurde in den letzten Jahren auch unter dem geschlechtsspezifischen Aspekt eng zwischen Planung und Jugendarbeit unter Beteiligung der jugendlichen NutzerInnen kooperiert.

Die Basis für Partizipation bildet die verwaltungsinterne/magistratsinterne, abteilungsübergreifende Vernetzung unter Einbeziehung externer Fachleute. Ob NGOs, das Stadtgartenamt, die Planungsabteilungen der Kommune, unterschiedliche Zugänge sind inspirierend, fördern die Kreativität, bringen vielfältige Ideen, kürzen Wege ab und erhöhen letztendlich die Durchschlagskraft.

Comment faire - wie umsetzen?

Ausschlaggebend für die Form des Beteiligungsmodells ist das Ziel, das damit erreicht werden soll. Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen bei politischen Entscheidungsprozessen ist eine Herausforderung. Es ist kaum möglich, ALLE Kinder und/oder Jugendlichen flächendeckend zu erreichen und zur gemeinsamen Beteiligung zu motivieren. Im Gegensatz zu kleineren Städten oder Gemeinden, wo Kinder die handelnden Erwachsenen oft selber kennen, ist besonders in Großstädten der direkte Kontakt nur in beschränktem Ausmaß möglich.

Die komplexen politischen Zusammenhänge müssen für Kinder transparent gemacht und vor allem verständlich vermittelt werden. Die Umsetzung konkreter Wünsche von Kindern und Jugendlichen erscheint manchmal schwierig, da viele verschiedene Entscheidungsabläufe und Zuständigkeiten während des Umsetzungsprozesses bedacht werden müssen. Viele verschiedene Personen, Ämter, Dienststellen, mit teilweise unterschiedlichen Zugängen sind in der Regel bei der Realisierung beteiligt. Darauf gilt es bei der Planung und bei der Definition der Zielsetzung Rücksicht zu nehmen. Es ist allerdings, wie die Praxis zeigt, möglich, durch viele kleine Beteiligungsprojekte mehr und mehr Kinder und Jugendliche in ganz Wien einzubeziehen.

Es gibt kein allgemein gültiges „Rezept“ der Partizipation für die Stadt, allerdings eine Auswahl von „Möglichkeiten“, die sich bewähren, oder bewährt haben. Der Fantasie, neue Modelle zu finden, soll freier Lauf gelassen werden.

Jeder Stadtteil hat z.B. eine eigene Dynamik und unterschiedliche Strukturen. Die Anliegen und Anforderungen ergeben sich aus den stadtplanerischen Gegebenheiten, der BewohnerInnenstruktur, den vorhandenen sozialen Netzwerken und auf Grund der individuellen Wünsche und Befindlichkeiten der BewohnerInnen im Grätzel. Projekte im Stadtteil sind daher oft bedürfnisorientiert. Sie entstehen meist aus aktuellem Anlass, und haben in erster Linie die Verbesserung der Lebensqualität der BewohnerInnen im Stadtteil zum Ziel. Häufig ist die Nutzung des öffentlichen Raums (Treffpunkte für Jugendliche), die Gestaltung der Parks und des damit verbundenen Freiraums (Freizeiteinrichtungen), oder die Regulierung des Strassenverkehrs (Erhöhung der Lebensqualität) im Mittelpunkt. Je mehr sich die BewohnerInnen im Sinne des Empowerments bei der Gestaltung ihres Lebensraumes einbringen (können), desto größer ist die Zufriedenheit und die Identifikation mit ihrer Umwelt.

In Wien gibt es derzeit Kinder- und Jugendbeiräte in einzelnen Wiener Bezirken, Projekte der SchülerInnenvertretungen, grätzelbezogene Aktivitäten, Einrichtung von Jugendtreffs durch die Jugendlichen selbst sowie anlassbezogene, zeitlich befristete Projekte.

Auf Stadtebene werden Jugendliche zu Diskussionsveranstaltungen mit PolitikerInnen, wie etwa den „Wiener BerufsschülerInnentagen“, eingeladen.

Bei der Novellierung des Jugendschutzgesetzes bringen Jugendliche über unterschiedlichste Projekte ihre Ideen ein. Die Ausrichtung der Jugendvolksbefragung (fand statt vom 19. – 26. April 2001) an allen weiterführenden Schulen könnte ein Beispiel für ein zukunftsweisendes Instrument der direkten Demokratie für junge Menschen werden, wenn sie gesetzlich verankert würde.

„Mitreden machen bestimmen in Wien“ heißt eine Broschüre des Wiener Landesjugendreferates, die zeigt, welche Projekte es im Partizipationsbereich in Wien bereits gibt. In dieser Broschüre findet man/frau aber auch Kontaktadressen und Unterstützungsmöglichkeiten beim Entwickeln neuer Projekte und der Umsetzung pfiffiger Ideen. Die Broschüre richtet sich an JugendarbeiterInnen, PädagogInnen, SozialarbeiterInnen, PolitikerInnen, PlanerInnen und alle Menschen, denen es ein Anliegen ist, Kindern und Jugendlichen mehr Mitsprache zu ermöglichen.

Die Broschüre kann im Wiener Landesjugendreferat bestellt werden:
Tel: +431 4000/84361, Fr. Elisabeth Wallner, E-Mail: wal@m13.magwien.gv.at

„Möge der Wind unter unseren Schwingen uns dorthin tragen, wo die Sonne zieht und der Mond wandert.“ (J.R.R. Tolkien, Der kleine Hobbit)